

L9**SPD Alexanderplatz und PG Zeitenwende****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten****1 Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten****1. Unsere Ausgangslage**

Der brutale Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 markierte eine Zäsur für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg und die Verübung grausamer Kriegsverbrechen durch die russischen Besatzer führen dazu, dass Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Laut den Vereinten Nationen sind insgesamt rund acht Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Es gibt rund sechs Millionen Binnenvertriebene. Die russische Kriegsführung trifft zielgerichtet die ukrainische Bevölkerung und zerstört die zivile Infrastruktur. Es gilt - gemeinsam und abgestimmt im Verbund der EU und NATO - die Ukraine bei der Selbstverteidigung zu unterstützen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen und Russland die Konsequenzen seines imperialistischen Angriffskrieges deutlich zu machen.

Die durch den Angriffskrieg entstandenen Herausforderungen an Deutschland und seine Partner hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Begriff "Zeitenwende" betitelt. Zeitenwende wird hierbei als eine grundlegende Änderung der europäischen Sicherheitsordnung verstanden. Der Begriff Zeitenwende ist nicht unumstritten. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die Sozialdemokratie intensiver diskutieren muss, welchen außenpolitischen Weg sie in Zukunft einschlagen muss. Hierzu gehört unzweifelhaft nicht nur eine Aufarbeitung der Russlandpolitik, sondern auch eine kritische Überprüfung der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte. Hinterfragt werden muss das Hinnehmen des Sterbens von geflüchteten

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****1. Unsere Ausgangslage**

Der brutale Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 markierte eine Zäsur für die deutsche, europäische **und internationale** Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg und die Verübung grausamer Kriegsverbrechen durch die russischen Besatzer führen dazu, dass Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Laut den Vereinten Nationen sind insgesamt rund acht Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Es gibt rund sechs Millionen Binnenvertriebene (**jew. Stand 14.1.2023**). Die russische Kriegsführung trifft zielgerichtet die ukrainische Bevölkerung und zerstört die zivile Infrastruktur. Es gilt - gemeinsam und abgestimmt im Verbund der EU und NATO - die Ukraine bei der Selbstverteidigung zu unterstützen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen und Russland **völkerrechtlich für seinen imperialistischen Angriffskrieg zur Verantwortung zu ziehen**.

Die durch den Angriffskrieg entstandenen Herausforderungen an Deutschland und seine Partner hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Begriff "Zeitenwende" betitelt. Zeitenwende wird hierbei als eine grundlegende Änderung der europäischen Sicherheitsordnung verstanden. Der Begriff Zeitenwende ist nicht unumstritten. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die Sozialdemokratie intensiver diskutieren muss, welchen außenpolitischen Weg sie in Zukunft einschlagen muss. Hierzu gehört unzweifelhaft nicht nur eine Aufarbeitung der Russlandpolitik, sondern auch eine kritische Überprüfung der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte. Hinterfragt werden muss das Hinnehmen des Sterbens von geflüchteten

40 Menschen an Europas Außengrenzen. Auch
 41 Auslandseinsätze wie zum Beispiel in Afgha-
 42 nistan oder Mali müssen im Hinblick auf Ziel-
 43 setzung, Folgen und Konsequenzen sowie die
 44 Qualität der nationalen und europäischen Ka-
 45 pazitäten zur Landes- und Bündnisverteidi-
 46 gung analysiert werden.

47 Die SPD muss als Friedenspartei die Leitplan-
 48 ken und Möglichkeiten der aktuellen Außen-
 49 und Sicherheitspolitik überprüfen und festle-
 50 gen, wie sie sich in den nächsten Jahren und
 51 Jahrzehnten aufstellen möchte. Dieser Pro-
 52 zess muss durch einen umfassenden Diskus-
 53 sionsprozess in der Partei begleitet werden.
 54 Dieser Antrag ist ein Beitrag zur Debatte um
 55 die zukünftige Ausrichtung sozialdemokrati-
 56 scher Außen- und Sicherheitspolitik.

57 **2. Unsere Säulen sozialdemokratischer** 58 **Außen- und Sicherheitspolitik**

59 Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozi-
 60 aldemokratie ruht auf einem festen Funda-
 61 ment, wie es in der allgemeinen Erklärung
 62 der Menschenrechte mit dem Recht auf Le-
 63 ben, Freiheit und Sicherheit aller Menschen
 64 festgeschrieben wurde. Willy Brandt hat das
 65 Ziel der weltweiten „Freiheit von Not und
 66 von Furcht“ abgeleitet. Dies bleibt unser An-
 67 spruch.

68 Diese Freiheit wird im Kern gefährdet durch
 69 weltweite Entwicklungen: durch wachsende
 70 soziale Ungleichheiten - national und glo-
 71 bal -, humanitäre Krisen, die Rückkehr des
 72 Rechts des Stärkeren in Form von Autokra-
 73 tien und Diktatoren. Sie ist ebenso bedroht
 74 durch den systematischen Abbau bürgerli-
 75 cher Freiheiten und die Untergrabung der
 76 Menschenrechte, durch existenzielle Bedro-
 77 hungen für diejenigen, die unabhängig jour-
 78 nalistisch arbeiten, und Einschränkungen in
 79 der Unabhängigkeit von Gerichten, Recht-
 80 sprechung und Wahlverfahren für Richterin-
 81 nen und Richter. Grundlage einer gedeihli-
 82 chen Entwicklung sind offene Gesellschaf-
 83 ten, die ihren Mitgliedern den Kampf für ihre
 84 Rechte ermöglichen. Ohne die Gleichheit der
 85 Rechte aller Menschen bleibt Freiheit von Not

Menschen an Europas Außengrenzen. Auch
 Auslandseinsätze wie zum Beispiel in Afgha-
 nistan oder Mali müssen im Hinblick auf Ziel-
 setzung, Folgen und Konsequenzen sowie die
 Qualität der nationalen und europäischen Ka-
 pazitäten zur Landes- und Bündnisverteidi-
 gung analysiert werden.

Die SPD muss als Friedenspartei die Leitplan-
 ken und Möglichkeiten der aktuellen Außen-
 und Sicherheitspolitik überprüfen und festle-
 gen, wie sie sich in den nächsten Jahren
 und Jahrzehnten aufstellen möchte. Dieser
 Prozess muss durch einen umfassenden Dis-
 kussionsprozess in der Partei begleitet wer-
 den. Dieser Antrag ist ein Beitrag zur **not-**
wendigen breiten Debatte um die zukünftige
 Ausrichtung sozialdemokratischer Außen-
 und Sicherheitspolitik.

2. Unsere Säulen sozialdemokratischer **Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozi-
 aldemokratie ruht auf einem festen Funda-
 ment, wie es in der allgemeinen Erklärung
 der Menschenrechte mit dem Recht auf Le-
 ben, Freiheit und Sicherheit aller Menschen
 festgeschrieben wurde. Willy Brandt hat das
 Ziel der weltweiten „Freiheit von Not und
 von Furcht“ abgeleitet. Dies bleibt unser An-
 spruch.

Diese Freiheit wird im Kern gefährdet durch
 weltweite Entwicklungen: durch wachsen-
 de soziale Ungleichheiten - national und
 global -, humanitäre Krisen, die Rückkehr
des Rechts des Stärkeren in Form von Auto-
 kratien und Diktaturen. Sie ist ebenso be-
 droht durch den systematischen Abbau bür-
 gerlicher Freiheiten und die Untergrabung
 der Menschenrechte, durch existenzielle Be-
 drohungen für diejenigen, die unabhängig
 journalistisch arbeiten, und Einschränkungen
 in der Unabhängigkeit von Gerichten, Recht-
 sprechung und Wahlverfahren für Richterin-
 nen und Richter. Grundlage einer gedeihli-
 chen Entwicklung sind offene Gesellschaf-
 ten, die ihren Mitgliedern den Kampf für ihre
 Rechte ermöglichen. Ohne die Gleichheit der

86 und Furcht nur Stückwerk.
 87 Die Freiheit von Not und Furcht wird auch
 88 bedroht durch die fortschreitende Klimakrise,
 89 die Menschen ihre Existenzgrundlage nimmt
 90 und vielen Millionen weiteren zu nehmen
 91 droht.
 92 Unser Verständnis von Außen- und Sicher-
 93 heitspolitik ist breit, weil wir nicht auf eine
 94 kurzfristige sektoral begrenzte, sondern ei-
 95 ne langfristige und wertorientierte Perspek-
 96 tive setzen, die ein friedliches, respektvol-
 97 les Miteinander ermöglichen: Es muss neben
 98 den u.U. lebensrettenden Erfordernissen von
 99 Schutz und Verteidigung stets die langfris-
 100 tige menschliche Sicherheit aller - insbeson-
 101 dere von Frauen, Kindern und marginalisier-
 102 ten Gruppen - mitdenken, die Folgen für En-
 103 ergieverbrauch und fortschreitenden Klima-
 104 wandel, die Folgen für wirtschaftliche Bezie-
 105 hungen und den Ausbau von sozialen und po-
 106 litischen Menschenrechten gerade auch im
 107 globalen Süden.
 108 Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine
 109 hat Russland die kollektive Sicherheitsord-
 110 nung Europas nach der Schlussakte von Hel-
 111 sinki 1975 verlassen. Wir haben seit 2014 ge-
 112 lernt, dass Verflechtung durch Handel keinen
 113 Frieden in Europa und auch anderswo garan-
 114 tiert.
 115
 116 Eine sozialdemokratische Friedens- und Si-
 117 cherheitspolitik erfordert also eine stetig
 118 entlang transparenter Kriterien und Werte
 119 weiterzuentwickelnde und anpassungsfähige
 120 Strategie. Ihr zugrunde liegt eine ganzheit-
 121 liche Herangehensweise, in die Sachstände,
 122 Bewertungen und strategische Vorausschau
 123 aus allen relevanten Ministerien kontinuier-
 124 lich einfließen und auf allen Ebenen mitein-
 125 ander abgestimmt werden (sog. Vernetzter
 126 Ansatz). Für sein Gelingen muss die Bundes-
 127 regierung die notwendigen institutionellen
 128 Strukturen schaffen.
 129 Wir sehen folgende **Prüfsteine** als wesentlich
 130 für eine langfristig erfolgreiche sozialdemo-
 131 kratische Friedens- und Sicherheitspolitik an:

Rechte aller Menschen bleibt Freiheit von Not
 und Furcht nur Stückwerk.
 Die Freiheit von Not und Furcht wird auch
 bedroht durch die fortschreitende Klimakrise,
 die Menschen ihre Existenzgrundlage nimmt
 und vielen Millionen weiteren zu nehmen
 droht.
 Unser Verständnis von Außen- und Sicher-
 heitspolitik ist breit, weil wir nicht auf eine
 kurzfristige sektoral begrenzte, sondern ei-
 ne langfristige und wertorientierte Perspek-
 tive setzen, die ein friedliches, respektvol-
 les Miteinander ermöglichen: Es muss neben
 den u.U. lebensrettenden Erfordernissen von
 Schutz und Verteidigung stets die langfris-
 tige menschliche Sicherheit aller - insbeson-
 dere von Frauen, Kindern und marginalisier-
 ten Gruppen - mitdenken, die Folgen für En-
 ergieverbrauch und fortschreitenden Klima-
 wandel, die Folgen für wirtschaftliche Bezie-
 hungen und den Ausbau von sozialen und po-
 litischen Menschenrechten gerade auch im
 globalen Süden.
 Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine
 hat Russland **das internationale Völkerrecht
 gebrochen und** die kollektive Sicherheitsord-
 nung Europas nach der Schlussakte von Hel-
 sinki 1975 verlassen. **Spätestens seit 2014 ist
 deutlich,** dass die Verflechtung durch **Wirt-
 schaftsbeziehungen** keinen Frieden in Europa
 und auch anderswo garantiert.
 Eine sozialdemokratische Friedens- und Si-
 cherheitspolitik erfordert also eine stetig
 entlang transparenter Kriterien und Werte
 weiterzuentwickelnde und anpassungsfähige
 Strategie. Ihr zugrunde liegt eine ganzheit-
 liche Herangehensweise, in die Sachstände,
 Bewertungen und strategische Vorausschau
 aus allen relevanten Ministerien kontinuier-
 lich einfließen und auf allen Ebenen mitein-
 ander abgestimmt werden (sog. Vernetzter
 Ansatz). Für sein Gelingen muss die Bundes-
 regierung die notwendigen institutionellen
 Strukturen schaffen.
 Wir sehen folgende **Prüfsteine** als wesentlich
 für eine langfristig erfolgreiche sozialdemo-

- 132 • Aus den historischen deutschen Erfah-
 133 rungen des 20. Jahrhunderts gespeis-
 134 te bewährte **Zurückhaltung** im Einsatz
 135 militärischer Mittel, eine Stärkung und
 136 Weiterentwicklung des Völkerrechts so-
 137 wie eine langfristige und vorausschau-
 138 ende Friedenssicherung.
- 139 • Enge und frühzeitige, kontinuierliche
 140 **Abstimmung** mit den Bündnispartnern
 141 in EU und NATO unter Einbeziehung
 142 der jeweiligen Interessen der Partner
 143 sowie eine in Absprache mit den Part-
 144 nern komplementäre und arbeitsteilige
 145 Schwerpunktsetzung der deutschen Fä-
 146 higkeiten zur Landes- und Bündnisver-
 147 teidigung.
- 148 • Strategisch breit fundierte und jeden
 149 **Einzelfall** abwägende Entscheidungs-
 150 findung. Offene Kommunikation, ge-
 151 rade auch über das Lernen aus Feh-
 152 lern und Fähigkeit zur Selbstkritik und
 153 Selbstkorrektur.
- 154 • Aufrechterhaltung von **Gesprächschan-
 155 neln** auch mit politischen Akteuren, die
 156 nicht entsprechend unserem Wertesys-
 157 tem oder sogar völkerrechtsverletzend
 158 handeln, um zu jedem wünschenswer-
 159 ten Zeitpunkt diplomatische Schritte
 160 gehen zu können, bei gleichzeitiger ma-
 161 ximaler Klarheit über den eigenen poli-
 162 tischen Standpunkt. Die Aufrechterhal-
 163 tung von Gesprächskanälen darf einer
 164 entschlossenen Politik nicht im Wege
 165 stehen.
- 166 • Die zunehmende Verbreitung von **Mas-
 167 senvernichtungswaffen** verlangt wei-
 168 terhin eine konsequente Politik der
 169 effektiven Rüstungskontrolle mit dem
 170 langfristigen Ziel der Rüstungsbegren-
 171 zung und der Perspektive einer **Abrüs-
 172 tung**. Wir setzen uns weiterhin für ei-
 173 ne internationale Ächtung des Einsat-
 174 zes von Atomwaffen ein und bekräf-
 175 tigen unser Ziel einer atomwaffenfrei-
 176 en Welt. Dies wird allerdings nur in ei-
 177 nem internationalen Kontext stattfin-

- kratische Friedens- und Sicherheitspolitik an:
- Aus den historischen deutschen Erfah-
 rungen des 20. Jahrhunderts gespeis-
 te bewährte **Zurückhaltung** im Einsatz
 militärischer Mittel, eine Stärkung und
 Weiterentwicklung des Völkerrechts so-
 wie eine langfristige und vorausschau-
 ende Friedenssicherung.
- Enge und frühzeitige, kontinuierliche
Abstimmung mit den Bündnispartnern
 in EU und NATO unter Einbeziehung
 der jeweiligen Interessen der Partner
 sowie eine in Absprache mit den Part-
 nern komplementäre und arbeitsteilige
 Schwerpunktsetzung der deutschen Fä-
 higkeiten zur Landes- und Bündnisver-
 teidigung.
- Strategisch breit fundierte und jeden
Einzelfall abwägende Entscheidungs-
 findung. Offene Kommunikation, ge-
 rade auch über das Lernen aus Feh-
 lern und Fähigkeit zur Selbstkritik und
 Selbstkorrektur.
- Aufrechterhaltung von **Gesprächschan-
 neln** auch mit politischen Akteuren, die
 nicht entsprechend unserem Wertesys-
 tem oder sogar völkerrechtsverletzend
 handeln, um zu jedem wünschenswer-
 ten Zeitpunkt diplomatische Schritte
 gehen zu können, bei gleichzeitiger ma-
 ximaler Klarheit über den eigenen poli-
 tischen Standpunkt. Die Aufrechterhal-
 tung von Gesprächskanälen darf einer
 entschlossenen Politik nicht im Wege
 stehen.
- Die zunehmende Verbreitung von **Mas-
 senvernichtungswaffen** verlangt wei-
 terhin eine konsequente Politik der
 effektiven Rüstungskontrolle mit dem
 langfristigen Ziel der Rüstungsbegren-
 zung und der Perspektive einer **Abrüs-
 tung**. Wir setzen uns weiterhin für ei-
 ne internationale Ächtung des Einsat-
 zes von Atomwaffen ein und bekräfti-
 gen unser Ziel einer atomwaffenfreien
 und **entmilitarisierten** Welt. Dies wird

178 den können.

179 • Ein von der Bundesregierung umzuset-

180 zender **Vernetzter Ansatz**: Bei jedem

181 Einsatz zur Friedenssicherung werden

182 von Beginn an alle einschlägigen Res-

183 ssorts beteiligt und auf Gegebenheiten

184 vor Ort wird eingegangen. Die Entwick-

185 lungszusammenarbeit darf dabei ne-

186 ben sicherheitspolitischer Planung kei-

187 ne untergeordnete Rolle einnehmen.

188 • In der **Entwicklungszusammenarbeit**

189 muss die qualitative Nachhaltigkeit

190 der Erfolge zentral sein. Wir wirken

191 darauf hin, dass die Entwicklungszu-

192 sammenarbeit Wirtschaften stärkt und

193 Arbeitsmärkte aufbaut, die insbeson-

194 dere Frauen, jungen Menschen und

195 marginalisierten Gruppen langfristige

196 Perspektiven zum sozialen Aufstieg in

197 ihren Heimatländern bieten.

198 • Zielorientierte Einpassung in die 17

199 **globalen Nachhaltigkeitsziele**, welche

200 die Generalversammlung der Vereinten

201 Nationen 2015 einmütig verabschiedet

202 hat.

203 • Verfolgung des Ziels des **Pariser Klima-**

204 **abkommens** - das heißt, die Begren-

205 zung der Erderwärmung auf deutlich

206 unter 2 Grad, und möglichst auf 1,5

207 Grad.

208 **3. Internationale Organisationen stärken**

209 Die Zeitenwende global zu verstehen, be-

210 deutet auch, dass wir seit Jahren bestehen-

211 de Paradigmen der deutschen Positionierung

212 im multilateralen Raum überdenken und ge-

213 mäß unserem Anspruch einer gerechten und

214 kooperativen Welt anpassen müssen. Hier-

215 für benötigt es strategische Partnerschaften

216 und Allianzen mit Ländern aller Regionen und

217 Kontinente, die geprägt sein müssen von ge-

218 genseitigem Respekt und Glaubwürdigkeit.

219 • Die **EU** soll wichtigster Orientierungs-

220 und Handlungsrahmen für die deut-

221 sche Außen- und Sicherheitspolitik

222 werden. Um die rüstungs- und ver-

223 teidigungspolitischen Ziele der Zei-

allerdings nur in einem internationalen

Kontext stattfinden können.

• Ein von der Bundesregierung umzuset-

zender **Vernetzter Ansatz**: Bei jedem

Einsatz zur Friedenssicherung werden

von Beginn an alle einschlägigen Res-

sorts beteiligt und auf Gegebenheiten

und Perspektiven vor Ort wird einge-

gangen. Die Entwicklungszusammen-

arbeit darf dabei neben sicherheitspoli-

titischer Planung keine untergeordnete

Rolle einnehmen.

• In der **Entwicklungszusammenarbeit**

muss die qualitative Nachhaltigkeit

der Erfolge zentral sein. Wir wirken

darauf hin, dass die Entwicklungszu-

sammenarbeit Wirtschaften stärkt und

Arbeitsmärkte aufbaut, die insbeson-

dere Frauen, jungen Menschen und

marginalisierten Gruppen langfristige

Perspektiven zum sozialen Aufstieg

in ihren Heimatländern bieten. **Die**

Verpflichtung, mindestens 0,7 Pro-

zent des Bruttoinlandsprodukts für

Entwicklungszusammenarbeit und

humanitäre Hilfe bereitzustellen, muss

eingehalten werden.

• Zielorientierte Einpassung in die 17

globalen Nachhaltigkeitsziele, welche

die Generalversammlung der Vereinten

Nationen 2015 einmütig verabschiedet

hat: **z.B. Armut und Hunger beenden (1,**

2), inklusive und gute Bildung für alle

sichern (4), Geschlechtergerechtigkeit

(5) sowie sauberes Wasser und saubere,

bezahlbare Energieverfügbarkeit (5,6)

sichern.

• Verfolgung des Ziels des **Pariser Klima-**

abkommens - das heißt, die Begren-

zung der Erderwärmung auf deutlich

unter 2 Grad, und möglichst auf 1,5

Grad.

3. Internationale Organisationen stärken

Die Zeitenwende global zu verstehen, be-

deutet auch, dass wir seit Jahren bestehen-

de Paradigmen der deutschen Positionierung

224 tenwende nachhaltig und politisch
 225 tragbar umzusetzen, braucht es eine
 226 engere Verzahnung der Beschaffungs-
 227 politik mit den EU-Partnern als bisher.
 228 Es gilt, eine gemeinsame Beschaf-
 229 fungsstrategie so anzugestalten, dass
 230 Interoperabilität der Rüstungssysteme
 231 und Lastenteilung in den Produktions-
 232 und Verteidigungskapazitäten der ge-
 233 samten EU sichergestellt sind. Hierfür
 234 benötigt es kurz- und mittelfristig
 235 höhere politische und finanzielle
 236 Investitionen.

- 237 • Der russische Angriffskrieg gegen die
 238 Ukraine hat auch die zentrale Rolle
 239 der **NATO** sowie der USA als Garan-
 240 ten für die europäische Sicherheit
 241 deutlich gemacht. Vor diesem Hinter-
 242 grund begrüßen wir die Anhebung
 243 der Verteidigungsausgaben durch die
 244 Mitgliedsstaaten. Mittelfristig muss
 245 an die Stelle des 2%-Ziels eine mehr-
 246 jährige, an den wirtschaftlichen und
 247 beschaffungstechnischen Kapazitäten
 248 der Mitgliedstaaten orientierte arbeits-
 249 teilige Investitionsstrategie treten,
 250 welche die Wehrhaftigkeit und Einsatz-
 251 fähigkeit des Bündnisses garantiert
 252 und bestehende Lücken schließt.
- 253 • Eine Stärkung der **Vereinten Nationen**
 254 als wichtigstes Gremium der interna-
 255 tionalen Verhandlungen und Konflikt-
 256 lösung kann nur durch ein aktives und
 257 kooperatives Verhalten Deutschlands
 258 und der EU innerhalb der Vereinten Na-
 259 tionen erfolgen. Dazu gehört der stra-
 260 tегische und am globalen Gemeinwohl
 261 orientierte Austausch mit den Staaten
 262 des Globalen Südens, die sich innerhalb
 263 der Vereinten Nationen zur **G77** zusam-
 264 mengeschlossen haben. Vertrauensbil-
 265 dende Maßnahmen könnten u.a. die
 266 aktive Beteiligung der EU an den Ver-
 267 handlungen eines verpflichtenden Ab-
 268 kommens über Wirtschaft und Men-
 269 schenrechte, Zugang zu Medikamenten

im multilateralen Raum überdenken und ge-
 gemäß unserem Anspruch einer gerechten und
 kooperativen Welt anpassen müssen. Hier-
 für benötigt es strategische Partnerschaften
 und Allianzen mit Ländern aller Regionen und
 Kontinente, die geprägt sein müssen von ge-
 genseitigem Respekt und Glaubwürdigkeit.

- Die **EU** soll wichtigster Orientierungs-
 und Handlungsrahmen für die deut-
 sche Außen- und Sicherheitspolitik
 werden. Um die rüstungs- und ver-
 teidigungspolitischen Ziele der Zei-
 tenwende nachhaltig und politisch
 tragbar umzusetzen, braucht es eine
 engere Verzahnung der Beschaffungs-
 politik mit den EU-Partnern als bisher.
 Es gilt, eine gemeinsame Beschaf-
 fungsstrategie so anzugestalten, dass
 Interoperabilität der Rüstungssysteme
 und Lastenteilung in den Produktions-
 und Verteidigungskapazitäten der ge-
 samten EU sichergestellt sind. Hierfür
 benötigt es kurz- und mittelfristig
 höhere politische und finanzielle
 Investitionen.
- Der russische Angriffskrieg gegen die
 Ukraine hat auch die zentrale Rolle
 der **NATO**, **zumal die USA**, als Ga-
 ranten für die europäische Sicherheit
 deutlich gemacht. Vor diesem Hinter-
 grund begrüßen wir die Anhebung der
 Verteidigungsausgaben durch die Mit-
 gliedsstaaten. Mittelfristig muss an die
 Stelle des 2%-Ziels eine mehrjährige,
 an den wirtschaftlichen und beschaf-
 fungstechnischen Kapazitäten der Mit-
 gliedsstaaten orientierte arbeitsteilige
 Investitionsstrategie treten, welche die
demokratische Wehrhaftigkeit und Ein-
 satzfähigkeit des Bündnisses garantiert
 und bestehende Lücken schließt.
- Eine Stärkung der **Vereinten Nationen**
 als wichtigstes Gremium der interna-
 tionalen Verhandlungen und Konflikt-
 lösung kann nur durch ein aktives und
 kooperatives Verhalten Deutschlands

270 und Impfstoffen sowie der Einsatz für
 271 eine Zinsabsenkung in der Kreditver-
 272 gabe der internationalen Entwicklungs-
 273 banken an Staaten des globalen Südens
 274 sein.

- 275 • Mit seinem Angriffskrieg gegen die
 276 Ukraine hat Russland gegen die in der
 277 Schlussakte von Helsinki beschlosse-
 278 nen und durch die Charta von Pa-
 279 ris (1990) bekräftigten Prinzipien der
 280 **OSZE** verstoßen. Das Gremium kann in
 281 Folge der russischen Aggression der-
 282 zeit seiner Aufgabe als Dialogforum
 283 der paneuropäischen Sicherheit nicht
 284 nachkommen. Mittelfristig - nach ei-
 285 nem Rückzug russischer Truppen aus
 286 den ukrainischen Gebieten - könnte die
 287 OSZE in einer signifikant veränderten
 288 sicherheitspolitischen Landschaft aber-
 289 mals ihre Aktivitäten wieder aufneh-
 290 men, vor allem in Bereich des Vertrau-
 291 ensaufbaus und der Transparenz.
- 292 • Die **G7** und **G20** müssen als diplo-
 293 matische Foren gestärkt werden. Hier-
 294 zu gehören klare Strategien und ge-
 295 meinsame Zielsetzungen mit den nicht-
 296 westlichen Mitgliedsstaaten in der G20,
 297 z.B. im Bereich des Klimawandels, des
 298 Schutzes der natürlichen Lebensgrund-
 299 lagen oder der globalen Bekämpfung
 300 von Steuerflucht. Sowohl der von Olaf
 301 Scholz im Rahmen der G7 angeregte
 302 Klimaclub als auch die Initiative der
 303 G20 einer globalen Mindestbesteue-
 304 rung von Unternehmen sollten forciert
 305 werden.

306 **4. Konfliktursachen bekämpfen, Stabilität** 307 **fördern und Perspektiven schaffen**

308 Internationale Solidarität, Verantwortung
 309 und Führung muß fußen auf dem skizzierten
 310 Kontext der demokratischen Wertebindung
 311 – Menschenwürde, Freiheit von Not und
 312 Furcht, Rechtssicherheit, Gleichheit aller
 313 Menschen vor dem Gesetz. Stablen Fort-
 314 schritt können sie nur bewirken, wenn die
 315 Folgen einer solidarischen und verantwor-

und der EU innerhalb der Vereinten Na-
 tionen erfolgen. Dazu gehört der stra-
 tegische und am globalen Gemeinwohl
 orientierte Austausch mit den Staaten
 des Globalen Südens, die sich innerhalb
 der Vereinten Nationen zur **G77** zusam-
 mengeschlossen haben. Vertrauensbil-
 dende Maßnahmen könnten u.a. die
 aktive Beteiligung der EU an den Ver-
 handlungen eines verpflichtenden Ab-
 kommens über Wirtschaft und Men-
 schenrechte, Zugang zu Medikamenten
 und Impfstoffen, **Schuldenerlasse** so-
 wie der Einsatz für eine Zinsabsenkung
 in der Kreditvergabe der internationa-
 len Entwicklungsbanken an Staaten des
 globalen Südens sein.

- Mit seinem Angriffskrieg gegen die
 Ukraine hat Russland gegen die in der
 Schlussakte von Helsinki beschlosse-
 nen und durch die Charta von Paris
 (1990) bekräftigten Prinzipien der **OSZE**
 verstoßen. Das Gremium kann in Fol-
 ge der russischen Aggression derzeit
 seiner Aufgabe als Dialogforum der
 paneuropäischen Sicherheit nicht **aus-**
reichend nachkommen. Mittelfristig -
 nach einem Rückzug russischer Trup-
 pen aus den ukrainischen Gebieten -
 könnte die OSZE in einer signifikant ver-
 änderten sicherheitspolitischen Land-
 schaft abermals ihre Aktivitäten wie-
 der aufnehmen, vor allem in Bereich
 des Vertrauensaufbaus und der Trans-
 parenz.
- **Nur wenige Tage nach dem Angriff**
Russlands auf die Ukraine schloss der
Europarat als Organisation für Men-
schenrechte, Rechtstaatlichkeit und De-
mokratie Russland aus den eigenen Rei-
hen aus. Nichtsdestotrotz soll der Eu-
roparat und die Parlamentarische Ver-
sammlung des Europarates weiterhin
ein Ort für die russische Zivilgesell-
schaft sein, um die Möglichkeit zu bie-
ten, sich international Gehör zu ver-

316 tungsvollen Politik für Frauen und Kinder,
 317 für die Klimaentwicklung, für die Armen der
 318 Welt mitgedacht sind. Unsere **Forderungen**
 319 sind:

- 320 • Wir wollen die Selbstverteidigung der
 321 **Ukraine** wirksam unterstützen, um ih-
 322 re Existenz zu sichern. Davon hängt ab,
 323 wie sich das Verhältnis zwischen dem
 324 demokratischen Europa und Russland
 325 entwickeln wird.
- 326 • Wir wollen eine **Feministische Außen-**
 327 **politik** zur Unterstützung von Sicher-
 328 heit, Freiheit, Inklusion und Teilhabe.
- 329 • Wir wollen offene Gesellschaften,
 330 Rechtssicherheit und **Meinungsfreiheit**
 331 global unterstützen. Hierzu gehört
 332 die internationale Förderung einer
 333 freien Pressearbeit sowie der Kampf
 334 gegen die zunehmende Verbreitung
 335 von Fake News, etwa durch den Ausbau
 336 staatlicher Medienprogramme und
 337 einer stärkeren schulischen und außer-
 338 schulischen Bildungsarbeit zum Thema
 339 internationale Beziehungen.
- 340 • Wir wollen klare Regelungen für eine
 341 gute **EU-Migrationspolitik**. Kommunen,
 342 die Geflüchtete aufnehmen, sollen fi-
 343 nanziell unterstützt werden.
- 344 • Ursachen und Folgen der **Klimakrise**
 345 stehen unmittelbar im Zusammen-
 346 hang mit ökonomischen und sozialen
 347 Bedrohungen in Gesellschaften. Wir
 348 unterstützen es, dass westliche Staa-
 349 ten Schwellenländern mit einem
 350 hohen Kohleanteil bei der Strom-
 351 erzeugung, wie Südafrika, Indonesien
 352 und Vietnam, durch "Energiewende-
 353 Partnerschaften" finanziell dabei
 354 helfen, auf erneuerbare Energien
 355 umzusteigen. Wir fordern, solche
 356 Partnerschaften mit weiteren Staaten
 357 einzugehen. Wir wollen einen stärkeren
 358 finanziellen Einsatz für den Lastenaus-
 359 gleich bei den Klimaveränderungen
 360 und eine Stärkung der internationalen
 361 Katastrophenhilfe.

schaffen und zu vernetzen.

- Die **G7** und **G20** müssen als diplo-
 matische Foren gestärkt werden. Hier-
 zu gehören klare Strategien und ge-
 meinsame Zielsetzungen mit den nicht-
 westlichen Mitgliedsstaaten in der G20,
 z.B. im Bereich des Klimawandels, des
 Schutzes der natürlichen Lebensgrund-
 lagen oder der globalen Bekämpfung
 von Steuerflucht. Sowohl der von Olaf
 Scholz im Rahmen der G7 angeregte
 Klimaclub als auch die Initiative der
 G20 einer globalen Mindestbesteue-
 rung von Unternehmen sollten forciert
 werden.

4. Konfliktursachen bekämpfen, Stabilität fördern und Perspektiven schaffen

Internationale Solidarität, Verantwortung und Führung muß fußen auf dem skizzierten Kontext der demokratischen Wertebindung – Menschenwürde, Freiheit von Not und Furcht, Rechtssicherheit, Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Stablen Fortschritt können sie nur bewirken, wenn die Folgen einer solidarischen und verantwortungsvollen Politik für Frauen und Kinder, für die Klimaentwicklung, für die Armen der Welt mitgedacht sind. Unsere **Forderungen** sind:

- Wir wollen die Selbstverteidigung der **Ukraine** wirksam unterstützen, um ihre Existenz zu sichern. Davon hängt ab, wie sich das Verhältnis zwischen dem demokratischen Europa und Russland entwickeln wird.
- Wir wollen eine **Feministische Außen-**
politik zur Unterstützung von Sicher-
 heit, Freiheit, Inklusion und Teilhabe.
- Wir wollen offene Gesellschaften,
 Rechtssicherheit und **Meinungsfreiheit**
 global unterstützen. Hierzu gehört
 die internationale Förderung einer
 freien Pressearbeit sowie der Kampf
 gegen die zunehmende Verbreitung
 von Fake News, etwa durch den Ausbau
 staatlicher Medienprogramme und

- 362 • Eindeutige politische Unterstützung
 363 der Protestbewegung im **Iran** gegen
 364 die Regierung in ihrem mutigen Kampf
 365 um Frauen- und Freiheitsrechte; diese
 366 politische Unterstützung sollte auch
 367 konkrete Maßnahmen wie wirksame
 368 Sanktionen politisch Verantwortlicher
 369 einschließen.
- 370 • Politische Unterstützung aller Maßnah-
 371 men der Staatengemeinschaft, die den
 372 unangefochtenen Fortbestand und die
 373 selbstbestimmte demokratische Wei-
 374 terentwicklung **Taiwans** verfolgen.
- 375 • Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit
 376 **China** sind einseitige deutsche Abhän-
 377 gigkeiten bei wichtigen Rohstoffen,
 378 Vorprodukten etc. zu reduzieren.
 379 Solchen Abhängigkeiten, die unsere
 380 politischen Spielräume beispiels-
 381 weise in Bezug auf Menschenrechte
 382 entscheidend einengen, ist durch Di-
 383 versifizierung u.a. in der Rohstoff- und
 384 Industriepolitik zu begegnen, auch
 385 wenn dies kurzfristig zu Mehrkosten
 386 führt.
- 387 • Auch und gerade angesichts der jüngs-
 388 ten Regierungsbildung in **Israel** gelten
 389 für uns weiterhin die Sätze aus un-
 390 serem Grundsatzprogramm von 2007:
 391 “Deutschland hat eine besondere Ver-
 392 antwortung für das Existenzrecht Isra-
 393 els. Auch deswegen engagieren wir uns
 394 für einen umfassenden Frieden im Na-
 395 hen Osten auf der Grundlage interna-
 396 tionaler Verträge. Wir setzen uns für
 397 die Selbstbestimmung des palästinens-
 398 ischen Volkes und die Schaffung eines
 399 lebensfähigen palästinensischen Staa-
 400 tes ein.”

401 5. Ausblick

402 Auch jenseits der sicherheitspolitischen Zu-
 403 sammenarbeit muss die Zeitenwende sich in
 404 der deutschen EU-Politik in eine stärkere In-
 405 tegration und einer Beschleunigung des sto-
 406 ckenden Erweiterungsprozesses übersetzen.
 407 Um das seit Jahren angestrebte Ziel quali-

einer stärkeren schulischen und außer-
 schulischen Bildungsarbeit zum Thema
 internationale Beziehungen.

- Wir wollen klare Regelungen für eine gute **EU-Migrationspolitik**. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, sollen finanziell unterstützt werden.
- Ursachen und Folgen der **Klimakrise** stehen unmittelbar im Zusammenhang mit ökonomischen und sozialen Bedrohungen in Gesellschaften. Wir unterstützen es, dass westliche Staaten Schwellenländern mit einem hohen Kohleanteil bei der Stromerzeugung, wie Südafrika, Indonesien und Vietnam, durch “Energiewende-Partnerschaften” finanziell dabei helfen, auf erneuerbare Energien umzusteigen. Wir fordern, solche Partnerschaften mit weiteren Staaten einzugehen. **Die eingesetzten öffentlichen Gelder dürfen nicht zu einer weiteren Verschuldung der Länder führen und müssen als Hebel für die Mobilisierung von privaten Investitionen genutzt werden.** Wir wollen einen stärkeren finanziellen Einsatz für den Lastenausgleich bei den Klimaveränderungen und eine Stärkung der internationalen Katastrophenhilfe. **Deutschland muss seinen gerechten Anteil an den versprochenen 100 Milliarden leisten, die jedes Jahr Ländern im globalen Süden zur Verfügung gestellt werden sollen, um Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu finanzieren.**
- Eindeutige politische Unterstützung der Protestbewegung im **Iran** gegen die Regierung in ihrem mutigen Kampf um Frauen- und Freiheitsrechte; diese politische Unterstützung sollte auch konkrete Maßnahmen wie wirksame Sanktionen politisch Verantwortlicher einschließen.
- Politische Unterstützung aller Maßnah-

408 fizierter Mehrheitsentscheidungen in Fragen
 409 der Gemeinsamen Außen- und Sicherheits-
 410 politik endlich zu erreichen, muss die Bundes-
 411 regierung sich für eine Kompromissfindung
 412 öffnen. Das gilt auch in Hinblick auf Forderun-
 413 gen der Partner hinsichtlich der gemeinsa-
 414 men Schuldenaufnahme und dauerhaft hö-
 415 herer Investitionen. Deutschland muss seine
 416 Rolle im Gefüge einer nationalen, europäi-
 417 schen und globalen Sicherheitsordnung fin-
 418 den. Das heißt Verantwortung zu überneh-
 419 men.

420

421

422

423

424

425

426

427

428

429

430

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

452

453

men der Staatengemeinschaft, die den unangefochtenen Fortbestand und die selbstbestimmte demokratische Weiterentwicklung **Taiwans** verfolgen.

- Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit **China** sind einseitige deutsche und europäische Abhängigkeiten bei wichtigen Rohstoffen, Vorprodukten etc. zu reduzieren. Solchen Abhängigkeiten, die unsere politischen Spielräume beispielsweise in Bezug auf Menschenrechte entscheidend einengen, ist durch Diversifizierung u.a. in der Rohstoff- und Industriepolitik zu begegnen, auch wenn dies kurzfristig zu Mehrkosten führt.
- Auch und gerade angesichts der jüngsten Regierungsbildung in **Israel** gelten für uns weiterhin die Sätze aus unserem Grundsatzprogramm von 2007: "Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Verträge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein."

5. Ausblick

Auch jenseits der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit muss die Zeitenwende sich in der deutschen EU-Politik in eine stärkere Integration und einer Beschleunigung des stockenden Erweiterungsprozesses übersetzen. Um das seit Jahren angestrebte Ziel qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik endlich zu erreichen, muss die Bundesregierung sich für eine Kompromissfindung öffnen. Das gilt auch in Hinblick auf Forderungen der Partner hinsichtlich der gemeinsamen Schuldenaufnahme und dauerhaft höherer Investitionen. Deutschland muss seine Rolle im Gefüge einer nationalen, europäi-

454

455

456

schen und globalen Sicherheitsordnung finden. Das heißt Verantwortung zu übernehmen.